

Nr. 15/1038

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Perspektiven der Erzieher-/Erzieherinnenausbildung
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juni 2002
(Drucksache 15/1183)
2. Pisa-E und keine Bremer Antworten? – Alle müssen endlich lernen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. Juli 2002
(Drucksache 15/1188)
3. Bremen Global – Außenwirtschaftsprogramm 2010
Mitteilung des Senats vom 27. August 2002
(Drucksache 15/1223)

Nr. 15/1039

Aktuelle Stunde

Die von den Abgeordneten Mützelburg, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte Aktuelle Stunde mit folgendem Thema:

„Bildungswende der Großen Koalition: Orientierungsstufe weg, Schulzentren weg – und keine zukunftsfähige Perspektive“

ist inzwischen vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 15/1040

Fragestunde

1. Programm Bildungsurlaub Herbst 2002 der Wirtschafts- und Sozialakademie
Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 29. August 2002
2. Gentechnisch verunreinigtes Saatgut
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. August 2002
3. Ausweisung des Wasserschutzgebietes Bremen-Vegesack
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. August 2002
4. Wie geht es weiter mit dem Stadtinformationssystem bremen.de?
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. August 2002

5. Artikel 53 und 107 der UN-Charta (Feindstaatenklausel)
Anfrage des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 2. September 2002
6. Fahrtauglichkeit bei Alkohol- und Drogenkonsum
Anfrage der Abgeordneten Knäpper, Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 3. September 2002
7. Antisraelische Propaganda an der Universität Bremen
Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 3. September 2002
8. Einbürgerungsverfahren im Lande Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3. September 2002
9. Anschlussbeschäftigung für fertig ausgebildete junge Menschen
Anfrage der Abgeordneten Helga Ziegert, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 4. September 2002

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

10. Versandhandel von Medikamenten
Anfrage der Abgeordneten Waltraud Hammerström, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 4. September 2002
11. Kosten der Arzneimittelversorgung begrenzen
Anfrage der Abgeordneten Waltraud Hammerström, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 4. September 2002
12. Einführung strukturierter Behandlungsprogramme (DMP)
Anfrage der Abgeordneten Waltraud Hammerström, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 4. September 2002

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 15/1041

Konvent der Präsidentinnen und Präsidenten und der Fraktionsvorsitzenden der deutschen Landesparlamente

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 3. September 2002
(Drucksache 15/1229)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/1042

Föderalismusreform voranbringen – Länderparlamente stärken

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 17. September 2002
(Drucksache 15/1245)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit ab.

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den Vorschlag, eine gemeinsame Konferenz (Konvent) der Präsidentinnen und Präsidenten und der Fraktionsvorsitzenden der deutschen Landesparlamente zur Reform des Föderalismus einzuberufen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) wird sich aktiv am Konvent beteiligen. Dabei vertritt die Bürgerschaft (Landtag) folgende Grundsätze, die bereits bei der Vorbereitung des Konvents Berücksichtigung finden sollen:
 - a) Die Bürgerschaft (Landtag) setzt sich für eine Modernisierung der föderalen Ordnung ein, um die Gestaltungsmöglichkeiten der Länder zu stärken, insbesondere auf der Ebene der Länderparlamente.
 - b) Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass im Rahmen der Föderalismusdebatte die spezifischen Interessen der Stadtstaaten berücksichtigt werden.
 - c) Die Bürgerschaft (Landtag) sieht die Notwendigkeit, die Gesetzgebungskompetenzen wieder auf den Regelfall des Grundgesetzes – Kompetenz der Länder (Artikel 30 Grundgesetz) – zurückzuführen.
 - d) Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für eine sinnvolle und angemessene Neuordnung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzbeziehungen im Rahmen einer föderalen Reform aus, die die Interessen des Landes Bremen berücksichtigt und für das Land Bremen verstärkt Gestaltungsspielräume eröffnet.
 - e) Die Bürgerschaft (Landtag) misst einer Föderalismusreform vor dem Hintergrund europapolitischer Reformdiskussionen und der Erkenntnis auf europäischer Ebene, politische Entscheidungen möglichst vor Ort zu treffen sowie Handlungsspielräume von Regionen und Kommunen zu erhöhen, insbesondere für einen Stadtstaat wie das Land Bremen große Bedeutung bei. In diesem Zusammenhang erwartet die Bürgerschaft (Landtag), dass dieser Modernisierungsprozess eng mit der Debatte um die Reform der Europäischen Union im Hinblick auf die Regierungskonferenz 2004 verknüpft wird.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet ferner den Senat, über die Ergebnisse der Bund-Länder-Kommission „Föderalismusreform“ zunächst im Dezember 2002 zu berichten und dann die Bürgerschaft (Landtag) fortlaufend über die weiteren Ergebnisse zu unterrichten.

Nr. 15/1043

Förderung des Ehrenamtes im Sport

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 16. Mai 2002
(Drucksache 15/1152)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 23. Juli 2002

(Drucksache 15/1196)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1044

Förderung des Ehrenamtes im Sport

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. September 2002
(Drucksache 15/1241)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 31. Dezember 2002 einen Bericht vorzulegen, der darlegt, in welchem Umfang das Bremische Bildungsurlaubsgesetz modifiziert werden kann, um

insbesondere die Möglichkeiten zur Qualifizierung ehrenamtlicher Tätigkeiten zu verbessern.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die vom Senat angesprochenen administrativen Hindernisse, die das freiwillige Engagement erschweren, konkret zu benennen und Vorschläge zu deren Beseitigung zu machen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zum 31. Dezember 2002 einen Arbeitskreis unter Beteiligung von Vertretern und Vertreterinnen des Sports einzurichten, der sich u. a. mit folgenden Fragestellungen befassen und konkrete Lösungsvorschläge erarbeiten soll:
 - Erarbeitung eines Konzeptes zur Einführung einer „Ehrenamtscard“,
 - Möglichkeiten der Ausweitung der gesetzlichen Unfallversicherung für Vorstandsmitglieder von Vereinen und Verbänden,
 - Möglichkeiten der Berücksichtigung steuerlicher Begünstigungen auch für lizenzierte Jugendleiter (Erweiterung der so genannten Übungsleiterpauschale),
 - Möglichkeiten der steuerlichen Berücksichtigung von Tätigkeiten der Mitglieder von Vorständen im Bereich des Sports,
 - bessere Koordination der Bereiche Sport und Schule.

Nr. 15/1045

Den Wirkstoff Methylphenidat zur Behandlung des Aufmerksamkeitsdefizits und Hyperaktivitätssyndroms (ADHS) bei Kindern verantwortungsbewusst einsetzen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Juli 2002
(Drucksache 15/1193)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Arbeit und Gesundheit.

Nr. 15/1046

Rechtsbruch endlich beenden – Verantwortung für den europäischen Naturschutz wahrnehmen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Juli 2002
(Drucksache 15/1195)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/1047

Reform der Lehrer-/Lehrerinnenausbildung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. August 2002
(Drucksache 15/1199)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bildung und die staatliche Deputation für Wissenschaft (federführend), mit der Maßgabe bis Januar 2003 einen Bericht vorzulegen.

Nr. 15/1048

Programm „Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“ – Konzept und Realisierung –/Erfahrungsbericht

Mitteilung des Senats vom 6. August 2002
(Drucksache 15/1203)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1049

Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses gemäß § 11 des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft vom 13. August 2002

(Drucksache 15/1205)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses gemäß § 11 des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 15/1050

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 47 vom 27. August 2002

(Drucksache 15/1220)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/1051

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 48 vom 10. September 2002

(Drucksache 15/1234)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/1052

Gegen Vogel-Mord in Italien

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 2. September 2002
(Drucksache 15/1228)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 15/1053

Regelungen für die Nutzung von Kindertageseinrichtungen im Gebiet der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 15. August 2002
(Drucksache 15/1216)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat mit dem Land Niedersachsen bzw. mit den in der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen zusam-

mengeschlossenen Kommunen eine Regelung über die landesgrenzenübergreifende Nutzung von Kindertageseinrichtungen auszuhandeln.

2. Mit einer solchen Regelung, zum Beispiel im Rahmen eines Verwaltungsabkommens, sollte Kindern unter bestimmten Voraussetzungen der Zugang zu Kindertageseinrichtungen außerhalb ihres Wohnortes ermöglicht werden, zum Beispiel
 - im Falle von Umzügen in das jeweils andere Bundesland,
 - bei Bedarf an arbeitsplatzorientierten Kinderbetreuungsangeboten,
 - wenn ein spezielles Angebotsprofil erwünscht oder für das Kind erforderlich ist.
3. Darüber hinaus sollten u. a. folgende Regelungen getroffen werden
 - Finanzierungsausgleich - auch zur Begleichung von Über- bzw. Unterhängen in den Betreuungsleistungen,
 - Vorrangigkeit für ortsansässige Kinder, insbesondere bei Kapazitätsengpässen.